

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbekanntmachung und in allen Klaffen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2.50 M., halbjährlich 1.25 M., durch die Post bezogen monatlich 2.20 M.) (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expeditions-Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 294 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690 / Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstagen der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabende 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Anzeigenzettel oder deren Raum 0,35 M.M. für Familienanzeigen 0,20 M.M. für die Anzeigenzettel anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 M.M. (Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Freitag den 22. Februar 1929 Nummer 45

Verschiebung des SPD-Parteitag

Neuer Verrat der SPD-Führer

Wieder Abtötung eigener Anträge

Berlin, 21. Februar. (Eig. Bericht.)

Der Parteivorstand der SPD ist für Freitag den 22. Februar telegraphisch nach Berlin berufen, um zur Verschiebung des SPD-Parteitag Stellung zu nehmen. Die Verschiebung soll erfolgen, da die außerordentlichen klimatischen Verhältnisse mit all ihren Begleiterscheinungen und Folgen die Abhaltung des Parteitag in Frage stellen.

Die Mitteilung des sozialdemokratischen Parteivorstandes wegen der klimatischen Verhältnisse, besonders wegen der drohenden Hochwassergefahr, den für 10. März festgesetzten Parteitag zu verschieben, könnte man, wenn diese Meldung 14 Tage früher erfolgt wäre, als Falschmeldung auffassen. Man muß sich wirklich fragen, wo eine Hochwassergefahr droht, und kommt dann zu der Auffassung, daß diese bei dem Parteivorstand der SPD zu suchen ist. Die Hochwassergefahr, die wir in dem heftigen Sturm der sozialdemokratischen Arbeiterkraft gegen den sozialimperialistischen Kurs ihrer Führer erblicken, droht allerdings, daß auf dem Parteitag die Koalitionspolitik gestört wird und der Parteivorstand in der Reichsfrage eine empfindliche Niederlage erleidet. Durch die Verschiebung des Parteitag soll das verhindert werden.

Die SPD-Führer haben sich gegenüber der Bourgeoisie beim Regierungsantritt zur Politik des 4. August, zum Sozialimperialismus und zum Reichswehrsozialismus verpflichtet. Sie wollen und müssen diesen Kurs beibehalten. Durch Vertagung des Parteitag, durch eine Einleitungs-politik hoffen sie ein Abtauen der Arbeiteropposition zu erreichen und glauben, bei einer eventuellen Abhaltung des Parteitag im Hochsommer die Koalitionspolitik wieder so gefestigt zu haben, daß ein Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr gefährlich erscheint.

Die Dresdner Volkszeitung, wie die Mehrzahl der SPD-Zeitungen, bringt die Meldung des Parteivorstandes ohne Kommentar und zeigt damit, daß sie demselben Kritizismus verfallen ist wie die Welt, Crispian und Genossen. Das Sächsische Volksblatt gibt die wahren Gründe an, die zur Vertagung führen, indem es schreibt:

Wir wollen ganz offen reden: Nach unserer Meinung wird hier der Versuch gemacht, die grundsätzliche Entscheidung der Partei zur Wehrfrage hinauszuschieben, bis die Koalition-verhandlungen, die nicht vom Fried kommen wollen, im Sinne unserer Parteiführung mit der Bildung der Großen Koalition beschließen worden sind.

Über die „Linke“ sind genau so mit der Verschiebung einverstanden, denn das Sächsische Volksblatt erklärt weiter:

Am Abgange, uns selbst könnte im Interesse einer weiteren Verbreitung der Gedankenführung der Opposition in der Partei, deren Verbleib sich in den letzten Wochen so einschüßlich erweist, die Vertagung des Parteitag nur recht sein.

Die Einheitsfront der SPD ist geschlossen. „Linke“ und Parteivorstand sind sich einig in dem Bestreben, der Schaffung der Großen Koalition den Weg freizumachen. Während die „Linke“ ein Schlingensiefel gegen den Parteivorstand führen, sind es gerade ihre Vertreter, die im Reichstag Verrat auf Verrat an den Interessen der Arbeiter üben. Nach ihrem verbrecherischen Verhalten in der Erwerbslosenfrage hat jetzt in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses der „Linke“ Sozialdemokrat Aufhäuser öffentlich die Vertagung der Beratungen über die Invaliden-

versicherung beantragt, da die sozialdemokratische Fraktion darüber noch eine Besprechung machen müsse. Der Grund für diese Verschiebung liegt darin, daß das Zentrum, wie bei der Erwerbslosenfrage, wieder in Aussicht gestellt hat, für den SPD-Antrag zu stimmen, so daß für die SPD die Gefahr der Annahme ihrer Anträge besteht. Die SPD-Minister, die sich auf Gedeih und Verderb der Bourgeoisie verschrieben haben, wollen jedoch die sozialdemokratischen Anträge des Reichsministeriums nicht verteidigen, sondern sind sich darin einig mit ihren bürgerlichen Freunden, daß die Anträge im Reichstag nicht angenommen werden dürfen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus all diesen Vorgängen, die sich in der letzten Zeit in ihrer Partei abgepielt haben, erkennen, daß ein weiteres Verbleiben in dieser Partei des permanenten Arbeiterverrats für sie nicht mehr in Frage kommen kann. Sie, die wie die kommunistischen Arbeiter unter der verstärkten kapitalistischen Rationalisierung leiden, die genau so hungern wie die kommunistischen Proleten, müssen sich mit diesen zu einer Einheitsfront zusammenschließen gegen den Arbeiterverrat ihrer Führer, gegen Koalitionspolitik und Sozialimperialismus.

Angst der Koalition vor eigenen Anträgen

Berlin, 22. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die SPD-Führer bemühen sich krampfhaft um ein schnelles Zustandekommen der Großen Koalition. Nach dem längeren Kuhhandel des preussischen Ministerpräsidenten Braun mit Vertretern der Volkspartei über deren Regierungseintritt in Preußen rief Hermann Müller gestern Abend die Regierungsparteien im Reich einschließlich des Zentrums zu einer Besprechung zusammen. Nach einem Bericht der Volkspartei Zeitung, wies der Reichsfinanzminister mit Nachdruck auf verschiedene Anträge hin, die von Reichsparteien in letzter Zeit ohne gegenseitige Verständigung gestellt worden seien. So sind unter anderem auf dem Gebiet der Sozialpolitik Anträge gestellt worden, die 170 Millionen Mark Ausgaben verursachen. Solche Ausgaben sind angesichts der gespannten Finanzlage des Reiches und angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage für die Reichsregierung unmöglich. Wenn statt der Anträge Entschlüsse eingebracht würden, so werde ihrerseits die Reichsregierung ernstlich prüfen, wie die angenommenen Entschlüsse verwirklicht werden könnten.

Diese Auslassungen Müllers, die sich in erster Linie gegen die bekannten Vorgänge im Reichstag richten, wo die Sozialdemokratie gegen ihre eigenen Anträge stimmt, das Zentrum sich aber demagogisch dafür erklärte, sind bezeichnend. Die Volkspartei Zeitung bemerkt zum Schluß, daß die Verhandlungen des Reichsfinanzministers zur sachlichen Arbeit, das heißt zur baldigen Bildung der Großen Koalition, lebhaften Widerhall gefunden haben.

Fallt den Spaltern in den Arm!

Kampf dem Sozialfaschismus!

Als die kommunistische Presse die ersten Meldungen über die neue Spaltungsaktion der Gewerkschaftsbureaufträge brachte, wollten viele sozialdemokratische Arbeiter unteren Mittelungen einfach keinen Glauben schenken. In den Diskussionen über den berüchtigten Kevers, der jedem revolutionären Arbeiter zur Unterschrift vorgelegt werden und als Grundlage für ein Ausschlußverfahren gegen die revolutionären Gewerkschaftler benutzt werden soll, sagten insbesondere in Berliner Betrieben viele sozialdemokratische Arbeiter: „So ein Kevers ist einfach unmöglich. Wir würden das Vorgehen der Gewerkschaftsbureaufträge keinesfalls billigen. Aber wir können uns gar nicht vorstellen, daß man zu solchen Mitteln greift.“

Die Erklärung, die den der Gewerkschaftsopposition angehörenden Mitgliedern der Ortsverwaltung des IWB Halle vorgelegt wurde, beweist, daß unsere Mittelungen nicht übertrieben waren.

Die Reformisten organisieren die Spaltungsaktion im Reichsmittelbau, sie sind entschlossen, dieselbe mit allen Mitteln der bürokratischen Diktatur und des Polizeiterrors durchzuführen. Die Bedeutung des halbesche Keverses, dem ähnliche Schanddokumente im ganzen Reich folgen werden, muß im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen der Spalter im Ruhrgebiet, mit dem Wehrprogramm der SPD, mit der Koalition, aber auch im Zusammenhang mit dem gesamten internationalen Kurs der reformistischen Gewerkschaften begriffen werden.

Was geht im Ruhrgebiet vor? Im Ruhrgebiet hat die Zahlstelle Katernberg des IWB eine Entschließung für die Wahl vorbereiteter Kampfausschüsse zur Vorbereitung der kommenden Bergarbeiterkämpfe angenommen. Die Hülsmann-Bureaufträge antwortete prompt mit der Abspaltung dieser Zahlstelle.

Vor einigen Tagen stellte die Zahlstelle Kellinghausen ein Kampfprogramm zur Mobilisierung der Kampfs auf. Die Reformisten wüßten darauf die Zahlstelleneitung auf. Die oppositionellen Funktionäre wurden mit Polizeigewalt entfernt, Ausschüsse, Funktionärentendenzen ohne Verfahren auf diktatorischem Wege beschaffen.

Auch in Orlaichen treibt die reformistische Bureaufträge ihre verbrecherische Spaltungs- und Ausschlußpolitik. Die Ausschüsse des IWB und des Fabrikarbeiterverbandes in Seidenau, des Legitarbeiterverbandes in Dresden, und besonders die Anhängerschaft in dem offiziellen Flugblatt der IWB-Ortsverwaltung Dresden, das an die Belegschaft der Firma Seidel u. Konemann herausgegeben wurde, lassen erkennen, daß die „Haken“-sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer denselben Kurs durchführen, wie die Reichel, Hülsmann und Schefel.

Weshalb ist gerade jetzt die neue Phase der Spaltungsaktion mit ihrem verschärften Kurs gegen die Opposition eingetreten? Weshalb die wütende Lüge gegen die KPD, gegen die Sozialfaschisten, zu den Betriebsratswahlen, weshalb der schändliche Kevers, der den Arbeitern jede revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften verbietet?

Die Terrormaßnahmen gegen die oppositionellen Bergarbeiter geben die Antwort: Es geht um die Vorbereitung der kommenden großen Wirtschaftskämpfe im Frühjahr, die die reformistische Verbandsbureaufträge auf Verleht des herrschenden Trustkapitals um jeden Preis unterdrücken will. Je mehr sich die Klassengegensätze zuspitzen, je unaufhaltbarer die Kapitalflucht der Arbeiterklasse fortgeschritten, um so rücksichtsloser müssen die Reformisten gegen alle Arbeiter vorgehen die gewillt sind, für höheren Lohn, für kürzere Arbeitszeit, für proletarische Forderungen, gegen das Kapital zu kämpfen.

Gegen alle Arbeiter! Das gilt es, heute allen Kollegen in den Betrieben, insbesondere auch den sozialdemokratischen Arbeitern begründlich zu machen. Was heute vor sich geht, ist nicht „nur“ eine Ausschlußkampagne gegen kommunistische Arbeiter, sondern die systematische Vernichtung jeder Arbeiterdemokratie, jeder Meinungsfreiheit, jeder Möglichkeit, in den Gewerkschaften den Willen der Bureaufträge entgegenzusetzen. Genau so, wie heute die Kommunisten, sollen später alle Arbeiter mundtot gemacht oder ausgeschloffen werden, die sich für den Klassenkampf, für den Streik, gegen den Schlichtungsterror aussprechen, die mit den unorganisierten Arbeitern, die die Mehrheit der Arbeiterklasse ausmachen, gemeinsam kämpfen wollen, die gegen Koalitionserreuer und Kriegsvorbereitungen auftreten.

Das ist der Sinn der Kevers. Durch sie sollen nach den Plänen der Gewerkschaftsbureaufträge die Verbände in gefügige, willige Organe des Trustkapitals und des bürgerlichen Staates umgewandelt werden. Zweck und Mittel: sie zeigen allzu deutlich eine innige Verwandtschaft mit dem Zweck der faschistischen „Gewerkschaften“ und mit den faschistischen Methoden der „gewerkschaftlichen Organisation“ der Arbeiterklasse. Die Verschmelzung der reformistischen Epiken mit dem kapitalistischen Staat führt folgerichtig zur Verschärfung des sozialfaschistischen Kurses in den Gewerkschaften.

Dieser Ausdruck ist nicht nur biblisch gemeint! Es gilt, mit allem Ernst nachzumachen und zu begreifen, daß faschistische Methoden in den Gewerkschaften möglich sind, auch wenn die Staatsgewalt nicht vom Faschismus bedrängt wird. Die Ausschaltung jeder Arbeiterdemokratie, des Selbstbestimmungsrechtes der Mitgliedschaft, die Abwürgung nicht nur der Wirtschaftskämpfe selbst, sondern jeder Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe durch diktatorische Maßnahmen, durch Polizeigewalt — sind das nicht Gefahren des Sozialfaschismus? Die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen seit dem Panzerkreuzverrat, ganz besonders aber in der jetzigen Wehrdebatte in steigendem Maße, daß die SPD einen sozialimperialistischen Kurs befolgt. Nun, der Sozialfaschismus ist die Ergänzung dazu, eine notwendige Maßnahme der imperialistischen Sozialdemokratie, eine Kampfmetheode gegen die revolutionären Arbeiter in der Zeit der ausgeprägten Klassengegensätze und der erbitterten Kriegsgelahr.

Die sozialdemokratischen Zeitungen, insbesondere die „Linke“ Organe, haben von der faschistischen Gefahr und möglich einen

Neues Klassenurteil in Leipzig

1 Jahr 6 Monate Festung für Betrieb einer legalen Zeitung

Leipzig, 22. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Vor dem Voren-Senat des Reichsgerichts fand am Donnerstag wieder einer jener herkömmlichen Ferkungsprozesse gegen kommunistische Arbeiter statt. Angeklagt war der Zimmerer Otto Erdmann aus Duisburg. Die Anklage warf ihm vor, Ende vorigen Jahres einige Exemplare der Zeitschrift „Schupfpolizei“ an Polizeibeamte in Duisburg verschickt zu haben. Dies besitzt der Angeklagte nicht, wies aber ausdrücklich auf den legalen Charakter dieser Zeitschrift hin. Der Reichsoberverwaltungsrat, der die Angeklagte die Anklage nach und beantragte Frei-spruch. Der Voren-Senat verurteilte jedoch den Genossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikshulgesetz zu 1 Jahr 6 Monaten Festung und 100 RM Geldstrafe. Der Verteidiger Obach wies die völlige Unhaltbarkeit der Anklage nach und beantragte Frei-spruch. Der Voren-Senat verurteilte jedoch den Genossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikshulgesetz zu 1 Jahr 6 Monaten Festung und 100 RM Geldstrafe. Das unerhörte hohe Strafmaß wurde damit begründet, daß der Angeklagte die Sond. die mit der Anklage zur Verurteilung gerichtet habe, zurückgezogen und das hochverräterische Leiden weiterverleitet habe.